

PLENUM AKTUELL

13. – 15. Dezember 2011

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Wiederholter Wortbruch beim Nachtflugverbot

Populistisch und unglaubwürdig fordert CDU-Innenminister Rhein anlässlich seiner Nominierung zum Oberbürgermeister-Kandidaten in Frankfurt ein absolutes Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt. Dies ist an Heuchelei nicht zu überbieten, da gerade die CDU/FDP-geführte Landesregierung vor dem Bundesverwaltungsgericht Revision gegen das vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) für zulässig erklärte Nachtflugverbot eingelegt hat.

Diese Revision hatten wir bereits heftig kritisiert, da im Mediationsverfahren Nachtruhe auch von der Landesregierung zugesichert worden war. Dies hatte in 2009 der VGH in Kassel bestätigt, in dem er die beantragten 17 Nachflüge ablehnte! Die SPD forderte daraufhin die Landesregierung auf, das Urteil des VGH und damit das Nachtflugverbot zu akzeptieren. Wir wollten die im Rahmen des Mediationsverfahrens getroffenen Vereinbarungen gegenüber den Menschen in der Rhein-Main Region erfüllen. Doch die Landesregierung hielt sich nicht an ihre Versprechen und zog vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, um die Nachtruhe zu kippen (die Entscheidung fällt im März 2012).

Nach diesem Wortbruch der Landesregierung kommt jetzt ein CDU-Minister daher und erklärt im Rahmen seiner Nominierung als CDU-OB-Kandidat in Frankfurt populistisch, er wolle ein absolutes Nachtflugverbot durchsetzen! Solche Aussagen sind unfassbar und heuchlerisch, denn die Nachtruhe war beschlossen. Aber eine CDU/FDP-geführte Landesregierung, zu der auch Boris Rhein gehört, zieht gegen die Nachtruhe vor Gericht.

Die Opposition im Hessischen Landtag hat das Verhalten des CDU-Innenministers und CDU-OB-Kandidaten scharf kritisiert und die Landesregierung aufgefordert, ihre Revision in Leipzig sofort zurückzuziehen, damit das Nachtflugverbot eingehalten werden kann. Daraufhin erlebten wir einen unglaublichen Eiertanz der Landesregierung, die beschwor, dass es keinerlei Widersprüche zwischen den Aussagen des Innenministers und dem Regierungshandeln gäbe. Dieser Umgang mit der einst versprochenen Nachtruhe ist unredlich! Das Trauerspiel, welches hier auf dem Rücken vieler Menschen, insbesondere in der Rhein-Main-Region, ausgetragen wird, beweist wieder einmal die Unglaubwürdigkeit dieser Landesregierung.

Energiegesetz JETZT!

Die SPD Landtagsfraktion sieht nach Abschluss des Energiegipfels gesetzlichen Handlungsbedarf und hat daher ein Hessisches Energiekonsens-Gesetz eingebracht. Wir haben in diesem Gesetzentwurf alle Themenbereiche gebündelt, über die beim Gipfel Einigkeit herrschte und die nun einer Regelung durch den Landesgesetzgeber bedürfen.

Zum einen müssen schnellstens die Voraussetzungen zur Umsetzung der 2% Windvorrangflächen geschaffen werden. Dies bedarf einer Änderung des Landesplanungsgesetzes, damit auch die Regionalpläne entsprechend angepasst werden können. Zum anderen wollen wir das Hessische Denkmalschutzgesetz lockern, um den Einsatz von Photovoltaik und Solarthermie zu erleichtern. Weiter sieht unser Gesetzentwurf erhebliche Verbesserungen bei der Beratung von Verbrauchern sowie bei Einspar- bzw. Effizienzmaßnahmen vor.

Leider hat sich die Regierungskoalitionen nicht dazu durchringen können, diese notwendigen Änderungen mit uns gemeinsam anzugehen. Auch hier erleben wir erneut eine Hinhaltetaktik und kein Vorwärtskommen in Hessen. Wir sind jetzt gespannt auf die parlamentarische Beratung und die Haltung der Landesregierung.

Notwendige HGO-Änderung wird von Landesregierung verweigert

Die Energiewende wird nur mit und nicht gegen die Kreise, Städte und Gemeinden gelingen. Daher fordert die SPD dringend, die Einbindung der Kommunen und die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung in Bezug auf die wirtschaftliche Betätigung. Nicht nur Kommunale Spitzenverbände fordern diese HGO-Änderung, sondern auch viele kommunale CDU-Abgeordnete haben sich in den Parlamenten für die Einbindung der Kommunen stark gemacht. Doch das Ganze scheitert am harten Widerstand des Koalitionspartners FDP!

Wir halten dieses Ausbremsen für unverantwortlich, da Preis- und Kostenstabilität in der Energiewende nur mit den Kommunen erreicht werden kann. Die Monopole der großen Stromkonzerne müssen gebrochen werden. Der Weg der Hessischen Landesregierung, Kommunen bei der Energiewende außen vorzulassen und Stadtwerke hinaus zu drängen, sichert den vier Stromriesen ihre Pfründe und verhindert Wettbewerb. Ein unglaublich verantwortungsloses Handeln! Dieses Zukunftsthema wird in Wiesbaden völlig gegen die Wand gefahren. So bleibt es in Hessen vorerst bei einer unverantwortlichen Lobby-Politik für die Stromriesen und gegen die Kommunen.

„Vergifteter“ Schutzschirm für Kommunen

Das Land Hessen will für bestimmte defizitäre Kommunen einen Schutzschirm spannen, d.h. Kommunen, die sich hierunter begeben, sollen Unterstützung erhalten, sofern sie erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternehmen. Wir halten den Schutzschirm eher für ein Betrugsmanöver. Die Milliarden Euro, die hierfür verwendet werden, haben die Kommunen nämlich zuvor selbst bezahlt. So stammen die Mittel u. a. aus der jährlich wiederkehrenden Entnahme aus dem KFA von rund 350 Mio. €. Unklar ist auch, welche Bedingungen an diese Unterschutzstellung geknüpft sind. Erste Ankündigungen der Landesregierungen lassen vermuten, dass es um Einschränkungen bei der Vereinsförderung, Gebührenerhöhungen bis hin zu Verkäufen von Gemeindeeigentum gehen wird. Von 426 Städte und Gemeinden sowie 21 Landkreisen sollen 106 kommunale Gliederungen Schutz durch den Rettungsschirm erhalten. Wir fragen, was ist mit den anderen ebenso verschuldeten Kommunen, die ggf. aufgrund eines Kriteriums ganz knapp nicht unter diesen Schutz fallen? Dieser Schirm ist ein „Rettungsknirps“! Für die SPD ist das Ganze völlig unausgegoren und findet nicht unsere Zustimmung. Wir fordern, den kommunalen Finanzausgleich besser auszustatten, damit alle Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können und die zunehmende Verschuldung beendet wird.

Reform der Straßenbauverwaltung ohne Not!

Die CDU/FDP-Mehrheit hat in dieser Woche Strukturveränderungen im Bereich der Straßenbauverwaltungen beschlossen, die wir stark kritisiert haben. Denn diese Reform geschieht ohne Not, aber zum Nachteil jetziger Standorte und fordert, 300 Stellen abzubauen. Die geplante Umstrukturierung zu einer Spartenorganisation führt durch eine Aufsplitterung von Kompetenzen zu mehr Bürokratie. Denn es wird künftig für ein Projekt mehrere Ansprechpartner an verschiedenen Standorten geben, und somit wird sich mehr Zeit- und Abstimmungsbedarf ergeben.

Wir wollen die Kompetenzen vor Ort belassen und nicht, wie nun beschlossen wurde, die Entscheidungsbefugnisse nach Wiesbaden verlagern. Wir haben für unsere Forderung, das operative Geschäft vor Ort zu belassen, leider keine Mehrheit erhalten. Und das, obwohl ein Pilotprojekt nachgewiesen hatte, dass die Straßenbauverwaltungen in ihrer derzeitigen Struktur effizient und kostengünstig arbeiten. Die Mitarbeiter haben bewiesen, dass der öffentliche Bereich als Dienstleister keinen Vergleich mit Privaten zu scheuen braucht. Wir befürchten, dass die Aufteilung in einzelne Sparten die Vorbereitung für eine spätere Privatisierung ist.

Ebenso lehnen wir die im Gesetz festgeschriebene Ermächtigung für den zuständigen Minister ab, der künftig allein per Verordnung über Zusammenlegung und Schließung von Dienst- und Außenstellen entscheiden kann. Das ist nicht nur eine Entmachtung des Parlaments, sondern wird die Pläne zur Schließung von Standorten schneller Wirklichkeit werden lassen.

**Schöne Weihnachtstage und
ein gutes, erfolgreiches und gesundes Jahr 2012 wünscht Brigitte Hofmeyer, MdL
www.Hofmeyer-MdL.de**